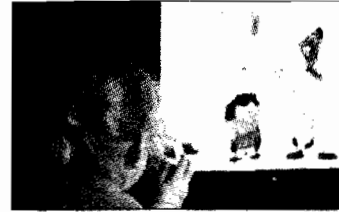




TIPP DES TAGES



Die Betreuung von Kindern ist häufig nicht einfach – erst recht nicht, wenn es sich um Pflegekinder handelt. „Tagesmütter und Tagesväter qualifizieren sich“ heißt ein Informationsabend, den die Volkshochschule Erftstadt in ihren Räumen am Marienplatz in Liblar anbietet. Beginn ist um 19 und um 21 Uhr.

„Der Staatswald wird nicht verkauft“

Landesumweltministerium will für die Phantasialand-Erweiterung keine Flächen abgeben

Von WOLFGANG KIRFEL

BRÜHL. Das nordrhein-westfälische Umweltministerium wird für die geplante Erweiterung des Phantasialands keinen Staatswald verkaufen. Das erklärte der stellvertretende Pressesprecher Wilhelm Deitermann auf Anfrage der Rundschau.

Von dem Freizeitpark gab es dazu keine Stellungnahme. Brühls Bürgermeister Michael Kreuzberg meinte: „Das ist

keine große Überraschung.“

In Zusammenhang mit der geplanten Erweiterung des Phantasialands um 30 Hektar lief seit 2009 ein Moderationsverfahren, an dem der Rhein-Erft-Kreis, die Stadt Brühl, das Phantasialand und die Bezirksregierung Köln unter Federführung der Wirtschaftsförderung Rhein-Erft beteiligt waren. Der Abschlussbericht wird gerade erstellt und soll in Kürze der Öffentlichkeit vorgestellt werden. Der ehemali-

ge Regierungspräsident Hans Peter Lindlar hatte das Ergebnis in der vergangenen Woche aber schon vorweg genommen und erklärt: „Das Konzept kommt aufgrund eines detaillierten Vergleichs aller denkbaren Alternativen zu dem Ergebnis, dass eine Erweiterung schwerpunktmäßig nur unter Inanspruchnahme der westlich gelegenen landeseigenen Waldflächen erfolgen kann.“

„Der Staatswald wird nicht verkauft“, meinte dazu Wil-

helm Deitermann. „Das ist die Ansicht unseres Hauses im Allgemeinen und auch in diesem Fall“, sagte der stellvertretende Pressesprecher.

Kreuzberg kritisiert die „Vorfestlegung“

Ähnlich hatte sich bereits der neue Umweltminister Johannes Rimmel von den Grünen bei einem Rundgang

durch den geplanten Erweiterungsbereich im April dieses Jahres geäußert. „Das Waldgebiet darf man nicht verkaufen. Wenn man aus einem großen Waldgebiet immer wieder Teile herauschneidet, verliert es seine Funktion“, hatte Rimmel erklärt. Der Anteil von öffentlichen Waldflächen sei in Nordrhein-Westfalen seiner Meinung nach ohnehin zu gering. Deshalb solle das Land zusätzliche Flächen kaufen und die Gebiete dann in eine

Naturerbe-Stiftung NRW eingebracht werden.

„Die Stellungnahme des Umweltministeriums ist kein Grund, das Verfahren nicht erst einmal sauber zu Ende zu bringen“, sagte Bürgermeister Kreuzberg. Es gehe auch darum, Rechtssicherheit für die Zukunft zu bekommen. „Vorfestlegungen wie die des Umweltministeriums in diesem Fall finde ich in einer Demokratie immer problematisch“, erklärte Kreuzberg.